

Die „Zeitung“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Jugend-Beitrag“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Hauptpreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für den Monat September 120 Mk., im voraus bezahlt. Fernleitungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Fernsprecher: Bonn 1970, 1971 und 1972. Amt No. 2021. Reaktionssekretariat: Dönhoff 5503.

Berlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, L

Die Anzeigenpreise sind in der Beilage oder deren Raum fest 25.— Mk., einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192. Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

# ZEITUNG

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Wiedervereinigung und Kommunisten

Es gibt in der deutschen Politik nur eine Spezies, die das große Ereignis von Nürnberg mit Glossen und hämischen Bemerkungen abtun möchte: die KPD. und ihre „rote Fahne“. In der bürgerlichen Presse findet man wenigstens sachliche Erörterungen über die Auswirkungsmöglichkeiten der Wiedervereinigung. Je nach dem Charakter der Zeitungen wird das Ereignis entweder begrüßt oder in seiner Bedeutung herabgemindert versucht. So macht die republikanische Presse kein Hehl aus ihrer Freude über die Unterstützung, die ihr im Kampfe um die Republik durch die jetzt einige Sozialdemokratie zuteil wird. Wenn das „Berliner Tageblatt“ daneben noch eifrig Propaganda macht für die „große Koalition“, so beweist das nur, daß der Machtzuwachs des Sozialismus selbst von den Demokraten nicht unterstützt wird, die befürchten, von rechts und von links her allzu sehr bedrängt zu werden. Man wird derartige Bestrebungen, wie sie das „Berliner Tageblatt“ ausdrückt, nicht aus dem Auge lassen dürfen und ihnen rechtzeitig und gebührend entgegenzutreten müssen. Log für die Sozialdemokratie schon vor der Vereinigung keine Veranlassung vor, mit der Deutschen Volkspartei eine Regierung zu bilden, so nach der vollzogenen Vereinigung erst recht nicht. Die Regierungsbasis ist breit genug, um allen Ansurmen vorderhand zu begegnen. Es ist denn auch in der Sinnpresse wegen der Regierungserweiterung recht still geworden. Die Wiedervereinigung wird von ihr mit Mutmaßungen über die Zukunft der Sozialdemokratie kommentiert, ohne Schlüsse hinsichtlich der inner- und außenpolitischen Einwirkung der Wiedervereinigung zu ziehen. Die deutsch-nationale Presse kann sich ebenfalls nicht verhehlen, daß die Vereinigung der Sozialisten eine Machtverminderung der monarchistischen Idee bedeutet. Bismarck kleinlaut versuchen sich die Deutschnationalen zu trösten, indem sie die Bedeutung der Einigung herabzumindern versuchen.

Findet man so in der gesamten bürgerlichen Presse wenigstens im einzelnen auf die Bedeutung der Wiedervereinigung, so ist davon, wie gesagt, bei den kommunistischen Führern nichts zu spüren. Sie treiben ihr demagogisches Spiel weiter, indem sie alles herunterreißen, ohne auch nur einen positiven Gedanken zu produzieren. Aber gerade dieses Verhalten der Kommunisten zeigt nicht nur das tiefe Niveau, auf das eine politische Partei heruntersinken kann, es beweist uns vor allem die Ohnmacht und Angst der KPD. vor den nunmehr geeinten Millionenmassen der deutschen Sozialdemokratie. Es ist klar, daß die Wiedervereinigung endgültig das Schicksal der KPD. als selbständige Partei besiegelt hat. Das neue Leben, das notwendigerweise in alle proletarischen Organisationen einzieht, wird die KPD. noch mehr als bisher isolieren sie zur Rolle eines dogmatischen Stänkers herabwürdigen, dem es vorbehalten bleibt, wie ein kläffender Hund hinter dem Wagen der Ereignisse einherzulaufen. Dieses Schicksal der KPD. entbehrt nicht einer gewissen Tragik. Sie hatte, nachdem sie allen moralischen Fonds schmählich verlor hatte, selbst die Parole der „Einheitsfront“ und der „Einheitsfront“ herausgegeben — und nun muß sie sehen, wie die Massen jene Parole bitter ernst nehmen und die Einheitsfront gegen die eigenen Väter bilden. Mögen die kommunistischen Führer in ihren schwachen Köpfen noch so viel neue Systeme erdenken, um die praktischen Wirkungen ihrer Einheitsfrontparole abzuschwächen, mögen sie wilde Betriebsrätekonferenzen einberufen und die Vereinigung der Sozialisten mit einer wilden Hege verbinden, sie arbeiten damit nur wider sich selbst. Hoffnungslos teilen sie fortan das Schicksal einer Sekte. Ihr Organisationsrahmen wird solange bestehen, solange die Bolschewiki es für notwendig halten — politisch ist die KPD. tot. Mit dem Moment, wo die russischen Zukünfte aufhören, ist die KPD. vom Erdboden verschwunden wie ihr Rind — die KPD.

Wir wollen uns bei alledem nicht verhehlen, daß trotz aller Dummheiten der KPD.-Führer immerhin noch einige Tausende guter Arbeiter und Angestellter in der KPD. organisiert sind — teilweise alle sozialistische Parteigenossen. Die Kriegs- und Nachkriegsereignisse haben sie zu den Kommunisten getrieben. Die meisten von ihnen werden auch bei der KPD. keine Befriedigung ihrer Wünsche und Hoffnungen gefunden haben. Und so haben sie sich abseits gestellt und warten

#### Zuspikung der Situation

##### Die Engländer verlassen Konstantinopel

Konstantinopel, 26. September. (Havas.) Lady Harrington und die Frauen von 16 höheren Offizieren haben gestern Konstantinopel verlassen. Die Frauen der übrigen Offiziere reisen am 27. September ab.

Konstantinopel, 26. September. (Havas.) Gestern nachmittag haben die alliierten Oberkommissare über die Frage der Verlegung der neutralen Zone beraten. Der französische Oberkommissar hat Mustafa Kemal telegraphisch empfohlen, die Räumung der neutralen Zone anzuordnen.

##### Kemal Paschas Friedensbedingungen

London, 26. September. Der Vertreter der Regierung von Angora Hamid Bei erklärte, die Regierung von Angora würde folgende Friedensbedingungen stellen: Erstens das Recht, die Meerengen zu überschreiten, um Thrazien militärisch zu besetzen und vielleicht auch das Recht, gegebenenfalls die Regierung von Konstantinopel zu befestigen, um sich gegen jede Ueberrückung zu schützen. Zweitens Zulassung Russlands und Bulgariens zu den kommenden Friedensverhandlungen. Drittens Einstellung jeder militärischen und maritimen Bewegung Englands.

##### Weitere englische Truppentransporte

(E.P.) London, 26. September. Trotz der Einklang unter den Alliierten dauern die englischen Truppentransporte nach dem Orient fort. Am Saager von Aldershot bereiten gegenwärtig drei Bataillone ihre Abreise nach dem Orient vor. „Daily News“ teilt mit, daß ein U-Boot-Geschwader von Portsmouth nach den Dardanellen abgefahren ist.

##### Der Zwischenfall in Erenköi

London, 26. September. Reuter meldet aus Konstantinopel: Die türkischen Kavallerieeinheiten, die sich gestern bei Erenköi in der Kanalzone unter dem Schutze einer weißen Flagge zurückgezogen hatten, sind wieder in verstärkter Zahl, und zwar schätzungsweise 2000 Mann, zurückgekehrt. Eine britische Abteilung hat eine Stellung halbwegs gegenüber Erenköi angenommen und ist für jede Eventualität bereit.

Eine weitere gestern nachmittags 5 Uhr 30 aus Konstantinopel abgegangene Reutermeldung besagt, daß die provokierende Aktion der Türken, die in die neutrale Zone zurückgekehrt sind, diesmal mit Maschinengewehren, eine ernste Bedrohung für die friedliche Regelung des Orientproblems sei. Der alliierte Oberkommissar Harrington hat dem nationalen türkischen Vertreter in Konstantinopel mitgeteilt, er möge Mustafa Kemal erlauben, das Zurückziehen der türkischen Kavallerieeinheiten zu befehlen. Angemessene Zeit werde zugestanden werden, damit diese Mitteilung den türkischen Oberbefehlshaber an den Dardanellen erreichen kann. Wenn er danach auf seiner herausfordernden Haltung gegenüber den Alliierten verharre, so würden die Folgen auf die Kemalisten fallen. General Harrington vertritt jetzt über Klagen, die an Operationen mitwirken könnten. Es werde jedoch für unwahrscheinlich gehalten, daß die Türken es zum Neukerkern kommen lassen.

(E.P.) London, 26. September. Nach einer Reutermeldung aus Konstantinopel, erklärte der Vertreter der Regierung von Angora, die Stadt Erenköi sei besetzt worden, bevor die Note der Alliierten in Smurna eintraf. Der türkische Befehlshaber habe deshalb eine achtundvierzigstündige Räumungsfrist gefordert, um zuvor mit seinen vorgeordneten Stellen in Verbindung treten zu können.

Paris, 26. September. Nach einer von den Dardanellen kommenden Nachricht, die nicht bestätigt wird, sollen die Türken Feldgeschütze in Richtung auf Erenköi abschießen.

##### Moskau unterstützt Angora

London, 26. September. „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß die bolschewistischen Regierungen darauf bestehen, auf der kommenden Friedenskonferenz vertreten zu sein. Die Kemalisten seien durch Vertrag verpflichtet, darauf zu beharren, und es bestehe Grund zu der Annahme, daß Moskau fordern werde, daß die drei Sowjetländer Georgien, Ukraine und Moskau alle vertreten seien.

London, 26. September. Reuter, meldet aus Konstantinopel, daß der gesamte Einfluß der Bolschewisten zweifellos in die Waagschale geworfen werden würde, um eine Ablehnung der Vorschläge der Alliierten herbeizuführen, da die Bolschewisten sicher erkennen, daß ein Uebereinkommen eine baldige Spaltung zwischen Moskau und Angora bedeuten würde.

##### Absetzung des Sultans

Konstantinopel, 26. September. Der Großwesir des Kabinetts sowie der Innen- und Außenminister überreichten dem Sultan ihre Demission. Mit der Neubildung des Kabinetts wird wahrscheinlich auch die Entthronung des Sultans erfolgen; der Kronprinz soll auf den Thron gehoben werden.

##### Konstantin soll verschwinden

Paris, 26. September. Der „Temps“ schreibt zur Lage in Griechenland, angesichts der Ergebnisse der persönlichen Politik Konstantins und des Zusammenbruchs von Griechenland, daß der geniale Venizelos zu verwirklichen verstanden habe, Kämpfe das griechische Volk verweigert gegen das Unwiderwärtige. Der Ministerrat tagt in Perwanens, ohne sich entschließen zu können, der Lage freimütig ins Gesicht zu sehen. Während Sunaris und Stratos noch versuchen, dem Kabinett ihre Forderungen aufzubringen, verlange die öffentliche Meinung die Abdankung Konstantins und die Ernennung von Venizelos zum Vertreter Griechenlands auf der Friedenskonferenz. So unwahrscheinlich es indessen sei, hätte König Konstantin und seine Umgebung noch nicht die Hoffnung aufgegeben, die Lage zu ihren Gunsten wiederherzustellen, und gewissen einflussreichen Elementen schreibe man die Idee zu, die Stellung, die Griechenland in Ostthrazien inne habe, wenn möglich mit den Waffen in der Hand zu verteidigen.

##### Einstellung der Feindseligkeiten verlangt

Paris, 26. September. Nach einer Meldung des „New Yorker Herald“ aus Konstantinopel ist gestern nachmittags eine Konferenz der alliierten Oberkommissare zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen den Türken und Griechen eröffnet worden. Der amerikanische Konteradmiral Bristol habe ihr als Beobachter beigewohnt. Die Konferenz werde die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten verlangen. Zur Abhaltung von weiteren Sitzungen in Karakara werde sie sich wahrscheinlich vertragen. Dort sollen dann die türkischen und griechischen Vertreter gehört werden. Es verlautet, daß die Mächte diese Regelung bekräftigen.

Der bisherige französische Botschafter in Berlin, Laurent, hat gestern dem Ministerpräsidenten Poincaré offiziell von seinem Rücktritt von dem Posten eines Botschafters in Berlin Mitteilung gemacht. In Paris herrscht bis jetzt aber immer noch keine Klarheit über den künftigen Nachfolger Laurents. Alle Kandidaten, an die Poincaré bislang herangetreten ist, haben den Posten abgelehnt.

226 Zeitungen und Zeitschriften sind im Laufe des letzten Vierteljahrs infolge der Notlage der Presse eingegangen.

die weitere Entwicklung ab, oder wagen aus Parteiabhängigkeit nicht, aus all den bitteren Enttäuschungen und Erfahrungen die Schlussfolgerung zu ziehen. Deshalb wollen wir bei aller Freude über die endliche Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien unsere Klassengenossen und Klassengenossinnen links von uns ebensowenig vergessen, wie jene, die noch im bürgerlichen Lager stehen. Wollen wir gerecht sein, so müssen wir sagen, daß die kommunistischen Arbeiter wenigstens den guten Willen zum Sozialismus haben und sich deshalb politisch organisierten. Sie mögen in der Wahl der Mittel und der Organisation fehlgegangen sein, gefühlsmäßige Unzulänglichkeiten mög sie leiten, das alles schließt nicht aus, daß sie mit uns dasselbe Ziel verfolgen und zu uns gehören. Die Wiedervereinigung mit ihnen — nicht mit ihren kompromittierten in- und ausländischen Führern — macht erst die Einigung zu einer ganzen.

Es ist unsere Aufgabe, diese ganze Einigung zu vollziehen. Nicht dadurch, daß wir in denselben Fehler persönlicher Verheerung und Herunterreißung der Führer verfallen, wie die KPD. Die notwendige Abwehr ihrer Lügen und Ehrabschneidereien muß gewiß erfolgen — aber darüber hinaus kann nur sachliche Aussprache und Aufklärung und vor allem eine erfolgreiche Politik der einzigen Sozialdemokratie jenes Maß von Vertrauen auch bei den kommunistischen Arbeitern erwecken, um sie vom bisherigen falschen Wege zurückzuhalten. Je erfolgversprechender, je einheitlicher und steiler die Politik der Sozialdemokratie sein wird, um so mehr werden auch die kommunistischen Arbeiter ihre Führer erkennen und sich von ihnen lossagen. Und daß und das recht bald gelingt, dafür sorgt nicht nur die weitere Entwicklung, sondern mehr noch werden dafür sorgen die russischen Bolschewiki, die eigentlichen Führer der KPD.

# Bürgerliche Pressestimmen zur Einigung der Sozialdemokratie

„Berliner Volkszeitung“ (demokratisch):

Die gewaltigen Massen, die den Logungsaal und die Straßen seiner Umgebungen füllten, gelaufen etwas, was man stets in den sozialdemokratischen Parteifundamenten der letzten Jahre vermehrt hat: ehrliche Begeisterung. Noch stärker kam das Gefühl des Triumphes, der Befreiung und der Begeisterung für die Sache der Republik zum Ausdruck in den Nachmittagsdemonstrationen, die einen Umfang hatten, wie er gewöhnlich in Nürnberg noch nicht erlebt worden ist. Mit Musik und Fahnen marschierten die Arbeiter, Turner, Beamten aller Gruppen in Uniform dem Aufmarschplatz zu. Der riesige Raum erweckte die lebhafteste Aufmerksamkeit aller Nürnbergers. Die sich an den Fenstern der Rathhäuser und Gastwirtschaften aufstellenden Menschen, die aus München waren in großer Zahl im Auge und freudig leuchteten alle Gesichter, wenn die Fahnen der SPD und USPD, ineinander geschlungen wurden als Symbol der Vereinigung. Das Kennzeichen der ganzen Demonstration aber waren die Aufschriften auf den Tafeln und Bannern: Wir schließen vereint die Republik!

Und an anderer Stelle:

Die innerpolitischen Auswirkungen der sozialistischen Einigung dürften sich zunächst in deutschen Parlamenten geltend machen. Im Reichstag hat durch die Einigung Dr. Borchers über Nacht eine Mehrheit bekommen. Aber die politische Lage aller wahrer Republikaner über die Sicherung der Republik wird von den Parteien der Mitte nicht reiflich geteilt. Trotz der steigenden politischen Macht der Wirtschaftskräfte (man denke nur an den Stimmensüberhang) und die wachsenden Freiheitsbestrebungen fürcht man von einem wachsenden Einfluss des Sozialismus, den man durch eine „Arbeitsgemeinschaft“ mit der Volkspartei paralisieren müsse. Soweit es sich hier um einen rein parlamentarischen Mechanismus handelt, ist er eine Selbstverständlichkeit. Aber die treu republikanisch gesinnten Mitglieder der Mittelparteien müssen streng darauf achten, daß man hier nicht etwa der republikanischen Regierung Dr. Borchers Konkurrenz leistet. Am meisten wird uns im kommenden Winter eine republikanische Arbeitsgemeinschaft vordringen sein, und für sie bedeutet die Vereinigung der Sozialdemokratie einen gar nicht hoch zu veranschlagenden Gewinn.

„Völkische Zeitung“ (demokratisch):

Den Streit- und Trennungssarum und die Bewilligung der Arieaskredite. Nach Beendigung des Arieas, auch in den Zeiten der Revolution, stellte sich immer deutlicher heraus, daß im Vertrauen und Nichtvertrauen eigentlich kaum größere Unterschiede zwischen den beiden Parteien bestanden, als sich dem Kenner der sozialistischen Parteiverhältnisse vor dem Ariea schon immer zwischen den beiden Parteien der einiaen sozialdemokratischen Partei offenbart hatten. Der Ariea, agitatorisch gegeneinander zu arbeiten, hatte natürlich die Lust zwischen den getrennten Parteien mehr erweitert, als es ihrer inneren Gleichartigkeit entsprach. Die Sozialdemokratie als Regierungspartei brachte der politischen Macht sozialistische Ideen zum Opfer. Die Unabhängige Sozialdemokratie sammelte die Gemeinde der theoretischen Sozialisten, die gegen die „Verbürgerlichung“ des in Amt und Würden gelangten Bruders opponierte. Der praktische Erfolg der Trennung war, daß das Späher nach agitatorischen Erfolgen auf der einen, die Furcht vor agitatorischen Misserfolgen auf der anderen Seite den taktischen Wettbewerb beider Parteien bestimmte und daß dies öfteren — nur durch diese Verhältnisse erklärbar — im Lande und sogar im Reichstag, die Regierungsozialdemokratie gegenüber ihren eigenen Ministern die Oppositionspartei spielte.

Die jetzt vollkommene Einigung macht diesen unzulässigen Auhanden ein Ende. Sie bedeutet aber gleichzeitig eine Konsolidierung der inneren Verhältnisse der freien Gewerkschaften. Der Kampf der Unabhängigen gegen die Sozialdemokraten kam den Persönlichkeiten abnehmend der Kommuniten zuwande. Er diente dazu, die Stellung der Führer zu erschweren. Jetzt ist die klipp und klare Scheidung zwischen Kommunisten und Sozialisten vollzogen.

„Berliner Tageblatt“ (demokratisch):

Weder in Augsburg noch in Gera haben die Verhandlungen Ueberraschungen gebracht. Die Parteiführer sprachen, als die bekannten Persönlichkeiten, eine Diskussion erfolgte, in der auch keine neuen Köpfe aufkamen, und als die Tagesordnung erledigt war, beugte man die Wangen zum Bruderfuß. Es gibt fortan nur noch eine sozialdemokratische Partei.

Essentiell ein Gewinn. Denn nun brauchte die Koalition der Mitte an sich nicht mehr fremde Kräfte und wäre gegen jeden Windstoß von rechts oder links gesichert. Aber gleichzeitig drängt sich ein Baustein des Radikalismus in den Regierungsbereich ein.

Fortfahrend meint das „Berliner Tageblatt“, die Vereinigte Sozialdemokratie habe ein Kompromiß mit der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung geschlossen, und antizipiert die Vereinigte Sozialdemokratie zum Kampf gegen den Ueberkapitalismus einiger Industriekapitäne.

„Die Welt“ (Deutsche Volkspartei):

Für die Weiterentwicklung der Dinge wird der Geist entscheidend sein, der in der vereinigten Sozialdemokratie herrschen wird. Niemand vermag heute zu sagen, ob der Erfolg dieser Vereinigung eine Radikalisierung der Partei bedeutet oder nicht. Namen wie Crispian oder Rosenfeld schrecken. Wie weit aber der politische Ungeist, der sich in ihnen veranschaulicht, in der vereinigten Partei führend sein wird, steht dahin. Heute liegen ja die Dinge so, daß die Gegenüber der Anschauungen gar nicht gekennzeichnet sind durch die Grenzen der Parteien und Fraktionen, sondern durch die Parteien und Fraktionen hindurchgehend. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Fick in Dresden ist aus einem ganz anderen Gola geschmückt als Herr Borchers aus Chemnitz, dem die Sozialdemokratie des besetzten Gebietes dringend eine vollständige Erziehungskultur im besetzten Saargebiet empfahl. Hermann Müller ist außen- und innenpolitisch von anderer Einstellung als etwa der Vizekanzler Bauer. Den Worten Crispians, der für den Arbeiter sein Vaterland anerkennen will, steht das Bekenntnis einer Persönlichkeit wie Collmann gegenüber, der den Begriff deutsches Vaterland auch für den deutschen sozialistischen Arbeiter mit dem Gefühl der Achtung und Dignität verbinden will. Auauan von radikalen Elementen hat die Sozialdemokratie erhalten, was im Ariea der Unabhängigen nur den Radikalismus auch in Bezug auf Personen färfen will, steht noch dahin. Freischild und Helfferding bleiben bisher unabhängig. Sind aber wohl kaum als linksradikale einzuschätzen. Man wird abwarten müssen, welche Rolle in der aronen Fraktion sich emporarbeiten und welche Richtung sich durchsetzt, um über die sozialistische Zielsetzung der Zukunft ein Urteil zu fällen.

„Augsburger Zeitung“ (deutschnational):

Als das Interesse der Arbeiterschaft soll in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht stärker zur Geltung gebracht werden, als es bisher schon im Rahmen der Koalitionspolitik geschehen ist — das Interesse der Arbeiterschaft selbstverständlich, wie die Sozialdemokratie es versteht. Und darüber gibt ja das einmütige angenommene Aktionsprogramm genaue Auskunft. Auch die Haltung der Partei in der Frage des Umlagepreises zeigt, wozu die Reile geht.

„Deutsche Tageszeitung“ (deutschnational):

Auf der neuen Linie hat sich in und vor Augsburg in der Mehrheitssozialdemokratie eine achlossene Abkehr von den Vernunftersparnissen ihrer praktischen Mitarbeit in der Koalition eine Rückkehr zu ihren früheren primitiven radikaleren Auffassungen angeleitet. Das war bereits die Vorwirkung der Einigung von Nürnberg. Schließlich mußte doch in manchen Dingen eine mittlere Linie gefunden

## An unsere Postbezieher!

Der „Vorwärts“ ist vom 1. Oktober d. J. ab das Zentralorgan der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Alle unsere Postbezieher erhalten deshalb vom 1. Oktober d. J. ab den „Vorwärts“ zugestellt. Diejenigen Abonnenten, welche die Lieferung des „Vorwärts“ als Ersatz für die „Freiheit“ nicht wünschen, müssen bei dem zuständigen Postamt einen Ersatzanspruch auf Rückzahlung des bereits bezahlten Bezugspreises für die „Freiheit“ stellen. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

## Vom Daseinsrecht des Schauspielers

Von Klaus Bringsheim,  
musikalischer Leiter des Großen Schauspielhauses.

I.

Jeder Mensch hat ein natürliches Recht auf Arbeit. Die Arbeit soll keinem ohne Grund genommen werden; der unbilliger Kündigung oder Entlassung sollen Arbeiter und Angestellte durch das Betriebsrätegesetz geschützt werden.

Dem Bühnenkünstler versagt sich der Schutz dieses Gesetzes. Ist ein Schauspielervertrag abgelaufen oder gekündigt, sei es auch gekündigt ohne billigen Grund, so hilft kein angestellter oder betriebsrätegesetzlicher Einspruch. Das ist schlimm für den Schauspieler. Geschieht ihm Unrecht?

Jeder Künstler, der von der Kunst lebt, hat einen Beruf, der ihn ernährt. Einen Beruf? Es kommt auf die Deutung des Wortes „Beruf“ an. Man nennt gemeinhin Beruf die Tätigkeit, die jemand gewerdmäßig betreibt. Wer in seinen freien Stunden, zu seinem Vergnügen, auch wenn er die größte Geschicklichkeit z. B. darin bewährt, Worte zu suchen und kunstvolle Haartrachten auszuführen, kann man doch nicht einen „Berufsschauspieler“ nennen. Es sieht grundlegend anders mit dem Bühnenberuf; ihn gewerdmäßig ausüben, heißt nicht ohne weiteres als Künstler berufen zu sein. Als Künstler berufen sein ist Sinn des Bühnenberufes; er ist nur um der Kunst und nicht um dessen willen da, der ihn ausübt. Es kümmert die Kunst nicht, wozu der Künstler lebt. Er kann, sofern es auf die Kunst ankommt, den „Beruf des Künstlers“ ausüben, ohne vom Ertrag seiner Bühnenarbeit zu leben; er hat neben seinem Bühnenberuf einen Beruf, der ihn ernährt — oder: er ist Künstler neben seinem „eigentlichen“ Beruf eines Handwerkers, Kaufmanns, Mediziners.

Man kann nicht zwei Berufe ausüben? Nicht Künstler sein und außerdem den „Hamlet“ spielen? Immerhin, in Polen kann man als Pianist von Belusz Ministerpräsident werden. Vielleicht nicht in Deutschland, dem Land des dornierten Spezialisierung. In demokratisch orientierten Ländern, z. B. in Frankreich, erscheint die Verbindung Künstlerberuf, insbesondere bühnenischer Wirksamkeit mit politischer Aktivität als natürliche Sache der Welt. Die Künstler des klassischen Altertums waren nebeneinander, in erster Linie — als Staatsbürger tätige, tätige Männer. Jeder in seinem Handwerk waren es nicht minder die Meister, die im alten Nürnberg die Kunst pflegten. Von Hans Sachs, dem Schuster und Dichter, ist eine lange Reihe bis zum Dichter, Musiker und Kammergerichtsrat G. A. Hoffmann. Auch im

heutigen Berlin ist es möglich, daß jemand als Arzt in der Frankfurter Allee praktiziert und Romane von Kunstwert schreibt; es gab nicht die schlechtesten Symphonien und Dramen, die von Rechtsanwältin, Lehrern, Beamten geschrieben werden. Aber der Beruf des Bühnenkünstlers? Die Mitglieder des vollkommensten Schauspieleresembles, des „Rosaauer Künstlertheaters“, kamen aus allen möglichen Berufen zusammen, um in der freien Zeit zu ihrem Vergnügen Theater zu spielen. Sie blieben als Gewerbetreibende an Lebenserwerb gebunden, bis sie ihre Bühnen in einen gewerdmäßigen Theaterbetrieb umwandeln.

Welcher Künstler hat berechtigten Anspruch, vom Ertrag seiner künstlerischen Arbeit zu leben? Der, den wir um seiner Vergütung und seines Könnens willen „Künstler“ nennen, der aus innerem Bedürfnis Kunst produziert. Es ist unbillig, wenn jemand für die Befriedigung seines eigenen Bedürfnisses Vergütung fordert, billig aber, daß er bezahlt wird, wenn er ein Bedürfnis an derer befriedigt. Der wirtschaftliche Daseinsanspruch des Künstlers rechtfertigt sich also durch die Nachfrage nach seiner künstlerischen Produktion.

Es steht mit dem Bühnenberuf grundlegend anders wie mit anderen Berufen. Was für den Handwerker und sicher noch für viele andere gilt, hat keine Geltung für den Künstler. Es ist, um die Wahrheit zu sagen, ein Fluch für die Kunst, daß heute fast jeder, dem einmal eine künstlerische Leistung gelungen ist, sich sein Leben lang zu nichts anderem als zu künstlerischer Arbeit für tauglich hält und immer wieder strebt, seine Produktion in das allgemeine Kunstangebot zu drängen. Um auf der Höhe einer — vielleicht vielversprechenden — Anfangsleistung zu bleiben, genügt es für den Künstler nicht, daß er sein erworbenes Können pflegt und hütet, sondern jede Leistung ist zugleich und immer von neuem ein Geschenk seines Talents. Und es ist eine harte Wahrheit, daß jeder Künstler sein Leben lang in Gefahr ist, das Verlangen seines Talents, das Verlangen seiner künstlerischen Kraft zu erleben.

Verlangen des Talents: das ist an sich keine wirtschaftliche Angelegenheit. Der wirtschaftliche Daseinsanspruch des Künstlers wird beglaubigt durch das Bedürfnis des Publikums nach der Produktion des Künstlers. Aber jeder Künstler, der heute „Erfolg“ hat, das heißt, gerade heute dem Bedürfnis des Publikums entspricht, ist in Gefahr, vor dem Publikum von morgen zu versagen. Das Publikum ist launhaft, und es ist unbillig, seinen Reizen das Schicksal des Künstlers anzuvertrauen. Aber das Publikum, die namenlose Vielheit von Menschen, die die Verbraucher der Kunst ein Stück Voraussehung aller Kunst sind, das Publikum,

werden; etwa zwischen dem „Nationalismus“ eines Hermann und der schönen Auffassung des unabhängigen Herrn Crispian, daß es kein Vaterland gibt, das Deutschland heißt; zwischen der Anschauung eines Veus, daß man als Sozialist am besten mit dem Großkapitalismus umgehen könne und den alten Sozialistensutopien; zwischen den Leuten, die die Weimarer Verfassung immerhin als eine Errungenschaft der Revolution betrachten, und den Anhänger der Diktatur des Proletariats, für die Kränlein Toni Senders von der bisherigen USPD versichert, man werde den Kampf gegen den Geist der Weimarer Verfassung aufnehmen. Daß diese mittlere Linie erheblich abwärts von der bisherigen Koalitionspolitik führt, daß sie ganz einfach innerhalb der vereinigten Sozialdemokratie eine erhebliche Radikalisierung der bisherigen Mehrheitspartei darstellt, darüber kann im Ernst nicht der geringste Zweifel sein.

„Die Welt am Abend“ (linksdemokratisch):

Nürnberg ist für uns ein freudiges Ereignis, das wir mit Genugtuung, doch ohne übertriebene Erwartungen begrüßen. Der vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wünschen wir an ihrem Geburtstag vor allen Dingen auch eins: Möge sie nicht, wie es bei den beiden alten Parteien der Fall war, zu Lehr der Elfen ihres eigenen Apparates werden! Nicht Kartotheken und Realisierungen, nicht durchgelesene Sozialökden und abgelesene Stiefelsohlen sind für eine Partei das Machende. Den Plan zu wirklichen Taten gibt nur der Geist, der die Partei beherrscht. Erfüllt die neue Partei mit dem Geiste der Jugend, die, was sie nun bildet in der „Arbeiterjugend“, in der „Proletarischen Jugend“, oder überhaupt nicht organisiert gewesen sein, insoweit er nur bisher alau demütigen Unterwerfung unter den Apparat ablehnend gegenüberstand!

Die Partei, die nicht nur den Verband, sondern auch das Gera der Jugend zu erobern weiß, wird ihren Rivallinnen schon deshalb überlegen sein. Ihr Weidervereinten, handelt nach dieser Erkenntnis!

## Die Deutschnationalen empfehlen sich

In einem Artikel „Nürnberg und die Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte“, der sich eingangs mit dem Nürnberger Einigungsparteitag beschäftigt, knüpft die „Deutsche Tageszeitung“ an die „erheblichen Bekenntnisse“ der „Völk. Ztg.“ über jene Einigung an. Gegen die Deutsche Volkspartei seien ganz andere Töne angeschlagen worden wie in Götting. „Damals war man koalitionsfreudig und verständnisvoll für Sinnes. Heute wendet sich der damalige Freund fast mit Grauen“. Daraus folgert die „Deutsche Tageszeitung“:

Dieser Situation gegenüber sollte man sich in der Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte doch einmal die Frage vorlegen, ob überhaupt die Verfassung allein ein geeignetes Fundament für einen Abwehrkampf darstellt, wie ihn die neue Einstellung der Sozialdemokratie erfordert wird, noch dazu, wenn er mit ungebederter rechter Plank geführt wird. Schließlich ist schon der Name dieser Arbeitsgemeinschaft eine Ironie. Denn verfassungstreuen im Sinne etwa der Deutschen Volkspartei, d. h. auf dem Boden der augenblicklichen verfassungsmäßigen Zustände lebend, sind alle Parteien, mit Ausnahme allein der Kommunisten. Und zudem handelt es sich für die nächste Zeit gar nicht um zwiespältige Meinungen über Verfassungstragen, sondern darum, ob genügend Staatsbewußtsein, Ordnungssinn und Arbeitsfreudigkeit aufgebracht werden kann, um die bevorstehenden schweren Kriegen zu überwinden und darüber hinaus den stillen Berg des Wiederaufbaues zu erklettern. Daß links von den Demokraten kein Ueberfluß an diesen drei Krisen herrscht, darüber haben die sozialdemokratischen Parteitage jedem, der Ohren hat zu hören, keinen Zweifel gelassen. Daß aber rechts von der Deutschen Volkspartei ein ganz erheblicher Vorrat dieser Notwendigkeiten besteht, wird selbst eingehendste Parteidebatte nicht zu befechten wagen. Deshalb fällt es schwer, den Verzicht darauf und die Verschlingung auf die drei sogenannten Mittelparteien als besonders weise zu beurteilen.

Das ist eine ziemlich unverblümte Aufforderung zur Schaffung einer rein bürgerlichen Koalition. Und die „Deutsche Tageszeitung“ bekräftigt diese Empfehlung der Koalitionsgenossen durch den weiteren Hinweis, daß eine an feinerer Parteigrenzen gebundene Politik der Sammlung aller staatsverhaltenden Elemente geboten ist.

vielleicht gelenkt von seinen berufenen Beratern (das sollten alle sein, die in Zeitungen über Kunst schreiben), wird immer oberster Richter in allen Kunstdingen bleiben; solange es nicht — unerträglich vorstellung — eine Art von Behörde gibt, eine amtliche Talentsprüfungsstelle, der die Entscheidung über das Daseinsrecht des Künstlers obliegt, und einen gesetzlich vorgeschriebenen Weg, seinen anerkannten Daseinsanspruch ohne Rücksicht auf Erfolg oder Mißerfolg zu befriedigen — mit anderen Worten, solange nicht der Staat zum Künstler spricht: Lebe; denn du bist ein Künstler. So wird der Staat nie sprechen. Es ist etwas besonderes, ein Künstler zu sein; ein Opfer und ein Vorrecht. Der Künstler muß dieses Vorrecht, um es zu besitzen, täglich erwerben; das ist das Opfer im Dasein des Künstlers. Das Dasein ist ein wenig Ringen, ewiger Kampf: Kampf mit dem Rivalen (ja: dem Kollegen), den es zu überholen, mit dem Kritiker, den es zu überzeugen, mit dem Publikum, das es zu erobern gilt — Kampf um Anerkennung des Rechts, als Künstler von der Kunst zu leben. Und das Vorrecht des Künstlers? Das ist sein Recht, nach dem höchsten zu streben, sein Recht, besonders leisten zu wollen. Manche Künstler würden für ein geschicktes Dasein herzlich gern auf solches „Vorrecht“ verzichten? Aber woher der Kunst, wenn man ihnen zu verzichten erlaube. Der Künstler muß besonders wollen. Nur der ist ein Künstler, der von sich so viel fordert, daß ihn um die Erfüllung bangt.

Aber, so wäre einzuwenden, es ist doch ein recht ansehnliches Vorrecht, daß einer sich anmaßt, sein Leben lang nur jene besondere Arbeit zu leisten, die wert sein soll, den Mitmenschen zur Erhebung, zur Erquickung, zur Freude zu dienen. Pöcherliche Anmaßung gar, wenn er fordert, als Produzent so besonderer Ergebnisse so hoch eingeschätzt zu werden, daß er vom Ertrage gerade dieser Arbeit immer mehr leben können. Wohl dem Künstler, der es kann. Aber Jovet der Kunst ist nicht, daß er's kann. Die Kunst darf nicht Mittel zum wirtschaftlichen Zweck des Künstlers werden. Vielleicht war es, zum Segen der Kunst, ein Alt gelehrtlicher Weisheit, der Erziehung des Künstlers jenen Schutz zu versorgen, dessen sich, durch die Wirkung des Betriebsrätegesetzes, Arbeiter und Angestellte gewöhnlicher Betriebe erfreuen.

Das gilt für alle Künstler, also, insofern er Künstler ist, auch für den Bühnenkünstler. Aber in den besonders Bedingungen seines Berufes ist es begründet, daß heute dem künstlerischen Angelegenheit des Theaters zu Sicherung seines Daseins unter gewissen Voraussetzungen Schutz geboten werden muß. Durch ein besonderes Gesetz. Davon soll später die Rede sein.

(Fortsetzung folgt.)

# Geld sinkt nicht

Die Hindenburg, Ludendorff und ihre Gefolgschaft können sich in törichten Redereien über die notwendige Wiedergenehung des deutschen Wesens als Vorbedingung für Abschüttelung des fremden Jochs und alles Fremdländischen nicht genug tun. Gleichzeitige predigen sie den „gesunden Haß“ gegen alles Ausländische. Nur in einem sind die Herren weniger empfindlich: in bezug auf das Nehmen von fremdem Geld. Der Hindenburg hat z. B. für seine schriftstellerischen Leistungen 80.000 Dollars eingestrichelt, der Ludendorff gar 40.000 Dollars. Über gegenüber dem Wilhelm in Doorn sind beide doch noch Waisenküken. Allerdings im Schwadronieren und im Schmieren können sie ihm kaum das Wasser reichen. Demgemäß ist der Betrag, den Wilhelm von der amerikanischen Verlegerfirma Harper Brothers für seine „Erinnerungen“ bekommen hat, deren Abdruck gegenwärtig in der gebärgig deutschfeindlichen Pariser Boulevardpresse erfolgt, ein wesentlich höherer. Denn Wilhelm erhält für seine schriftstellerischen Erzeugnisse nicht nur 250.000 Dollars, wie wir in der gestrigen Nummer mitteilten, sondern außerdem eine Rente, die voraussichtlich eine weitere Million Dollars betragen wird. Das ist insgesamt eine Summe von etwa 1 Milliarde 800 Millionen Mark, womit Wilhelm der Exaltation seines Hauses treugeblieben ist. Bei den Hohenzollern war es nämlich stets oberster Grundsatz: Geld sinkt nicht, auch wenn es vom Erbfeind kommt. Wie aber muß dieses Schachergeschäft Wilhelm mit einer „feindlichen“ Firma auf seine getreuen Anhänger wirken! Werden sie auch fernerhin mit dem Märchen von dem armen Manne in Doorn, der sich die größten Einschränkungen auferlegen muß, kreiben gehen? Und wird der preussische Finanzminister v. Richter die Hohenzollernabfindung auch jetzt noch weiter zu betreiben wagen?

# Eine Meuterei bei der Reichswehr

Die „Rote Fahne“ hatte am Montag einen Bericht veröffentlicht, wonach vor längerer Zeit Teile der in der Festung Böben garnisonierenden Reichswehr eine Versammlung abhielten, verschiedene Forderungen stellten, unter anderem die Entlassung der monarchistischen Offiziere, und dann vor die Kaserne zogen. Wie nunmehr die P. P. R. erfahren, entspricht die Meldung der „Roten Fahne“ im allgemeinen den Tatsachen. Auch die Heeresleitung erkannte ihre Wichtigkeit in einem Tagesbefehl an, der unter dem 7. August an sämtliche Truppenteile erging. Hiernach hat etwa ein Drittel der Mannschaften der drei Infanterieregimenten des Infanterieregiments 2 am 10. Juli 1923 in einer Versammlung verlangt, daß der Dienst eingeschränkt, daß monarchistische Offiziere und Unteroffiziere entlassen und daß die rückständigen Feuerungsanlagen sofort gesäubert werden. Ein Teil der Leute wurde damals verhaftet. In den P. P. R. wird weiter ausgeführt, daß das Reichswehrministerium die Meuterei auf die kommunistische Agitation zurückführt.

Sollten wirklich keine anderen tieferen Gründe für die Vorgänge vorliegen? Sind die Mannschaften nicht vielleicht doch nach altpreussischer Manier geschliffen worden? Und sind denn ihre Forderungen nach Entfernung monarchistischer Offiziere, die die Träger altpreussischer Tradition und altpreussischer Kasernenhofdrills sind, so völlig unberechtigt?

# Einmalige Unterstützung für Hilfsbedürftige

Der preussische Landtag hat am 11. Juli beschloffen, daß Staatsministerium zu eruchen, in Anbetracht der Unzulänglichkeit der vom Reich bisher aufgewendeten Mittel zur Bekämpfung der Not von Sozial- und Kleinrentnern sowie von Unterhaltungsempfängern und wirtschaftlich angeschlagenen Kreisen außer den in den Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1923 einbehaltenen Beträgen und über den Rahmen der gegenwärtigen gesetzlichen Hilfsmaßnahmen hinaus als einmalige außerordentliche Beihilfe einen Betrag bis zu 600 Millionen Mark außerplanmäßig bereitzustellen und zur Verteilung zu bringen.

Ein Erlaß des preussischen Finanzministers und des Ministers des Innern reagiert nunmehr, wie der P. P. R. von anständiger Stelle mitteilt, die Durchführung der Unterstützung, deren Beträge bereits an die einzelnen Kreisverwaltungen überwiesen werden.

Die Unterstützung soll den in arbeitsloser Lage befindlichen Personen als einmalige Beihilfe zur Beschaffung von Vorräten für den Winter (Heuerung, Kartoffel u. a.) dienen. Sie ist von Amts wegen und mit größter Beschleunigung durchzuführen. Nach Maßgabe der Bedürftigkeit sind gleichmäßig zu behandeln Kleinrentner, Empfänger von Renten der Sozialversicherung, Personen, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, die sogenannten verschämten Armen und alle wirtschaftlich ähnlich gestellten Kreise. Unter Berücksichtigung der verhältnismäßig geringen Höhe der zur Verfügung lebenden Mittel ist Bedürftigkeit zu vernünftigen Einkünften in Höhe der Erwerblosenunterstützung vorhanden sind. In den Orten der Klasse A und B kann für eine Familie von vier Personen eine Unterstützung von

höchstens 1500 M., in den Ortsklassen C bis F von höchstens 1200 M. zur Auszahlung kommen. Besondere Berücksichtigung verdienen die nothleidenden alten Leute.

Die Unterstützung ist grundsätzlich in Geld auszusahlen. Die Gemeinden können jedoch die Unterstützung empfindend auf günstige Einkaufsbedingungen hinweisen. Auch ist nichts davon einzuwenden, wenn die Gemeinde bei Zustimmung der Hilfsbedürftigen die Unterstützung ganz oder teilweise in Sachleistungen, z. B. in Form von Gutscheinen für verbilligten Bezug von Nahrungsmitteln, Heizung oder Kleidungsstücken gewährt.

Für die Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen sind möglichst einheitlich für alle Bedürfnisse durch die bestehenden Wohlfahrtsämter usw. aufzustellen. Die Höhe der Unterstützung bestimmt grundsätzlich die Gemeinde des Wohnorts der Hilfsbedürftigen; hierbei ist zu erstreben, daß erhebliche Abweichungen der Richtlinien benachbarter Kreise vermieden werden und die Gemeinden sich untereinander über die Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen verständigen. Auf Beschwerde über die Durchführung der Hilfsmaßnahmen entscheiden endgültig diejenigen Behörden, die die Staatsaufsicht über die Gemeinden ausüben, welche über den Unterstützungsantrag entschieden hat. Die verausgabten Beträge sind außerplanmäßig bei der Verwaltung des Ministeriums für Volkswohlfahrt unter einem besonderen Abschnitt zu verrechnen.

# Die wachsende Proletarisierung

Nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten, die sich auf die der Gewerbeordnung unterliegenden Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern beziehen, ist die Zahl dieser Unternehmungen von 1920 bis 1921 von 300.434, die der darin beschäftigten Arbeiter von 6.067.970 auf 7.461.407 gestiegen. Die Zahl der männlichen erwachsenen Arbeiter ist um 7,4 Prozent gewachsen. Seit 1907 haben wir keine allgemeine Betriebszählung mehr gehabt, so daß sich ein Vergleich mit den Vorkriegszahlen vorläufig nicht ziehen läßt. Aber auch aus den von uns wiedergegebenen Zahlen ist zu erkennen, daß die Industrialisierung Deutschlands erhebliche Fortschritte macht. Das bedeutet zugleich wachsende Proletarisierung, die in eine Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit umschlagen muß.

# Sei lewet noch!

Die Organisation Kogbach ist zwar formell längst aufgelöst, aber daß sie, wenn auch unter anderen Namen, weiterbesteht, haben solche polizeiliche Nachforschungen im Kreis Pyrig ergeben. Die Kogbach-Leute haben sich als Verein für Wanderausfahrten und als Nationale Sparvereinigung zusammengeschlossen, sind als Feldhüter und Nachtwächter auf den Gütern beschäftigt und führen heute noch die alten Bezeichnungen, wie Feldwebel, Leutnant usw. Auch über

# Mitgliederversammlungen

am Mittwoch, den 27. September, abends 7 Uhr, in folgenden Lokalen:

- Tiergarten: 4., 5., 6. Distrikt: Arminiushallen, Bremerstraße 72/73, Referent: Cla-jus.
- Wedding: 7., 8., 9., 10. Distrikt: Pharosäle, Müllerstraße 142, Referent: Kiefer und Blausitz.
- Prenzl. Tor: 11., 12., 13., 14. Distrikt: Bütiner, Schwedterstraße 23, Referent Maderholz.
- Galtesches Tor: 15., 16., 20. Distrikt: Schulaula, Diefenbachstraße 51, Referent Joh. Berl.
- Friedrichshain: 15., 16., 17. Distrikt: 7 Uhr, Prachtsäle des Orkus, Frankfurter Allee 48, Referent: Hermann Müller.
- Spandau: Aula der Knaben-Mittelschule, a. d. Nikolaiskirche, Referent: Dr. Sera.
- Wilmerdorf-Schmargendorf-Grünwald: 7 1/2 Uhr bei Kulla, Lauenburgerstraße 21, Referent: Hr. Dauer.
- Schöneberg-Friedenau: 8 Uhr Neue Rathausäle, Martin Lutherstraße 60 im Tunnel, Referent: Wendt.
- Steglitz: 7 1/2 Uhr, Gesangsraum der Oberrealschule, Eisenstraße, Referent: Stein.
- Tempelhof: Donnerstag 8 Uhr, Schulaula Marienborf, Königstraße, Referent: Richter.
- Neukölln: Rindl-Bräuerel, Hermannstraße, Referent: Harnisch.
- Treptow: Schulaula Berliner Straße, Niederschöneweide, 7 1/2 Uhr, Referent: Becker. Die Mitglieder des Distriktsvorstandes treffen sich um 8 Uhr daselbst.
- Nichtenberg, Stadt und Land: Cäcilien-Pavillon, Rathausstraße, Referent: Eburn und Rech.
- Reinickendorf: Aula der 1. Gemeinde-Schule, Reinickendorf-Df., Lindowerstraße, Referent: Jehrendt.

# Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Parteitag.
2. Diskussion.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Waffen verfügen sie noch. So wurden auf den Gütern mehrerer pommerischer Junker Waffen und Munition gefunden.

# Das Bemelmans-Abkommen in Kraft

Die am 2. Juni 1922 zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission über die Auslieferung der im Friedensvertrag übernommenen Sachleistungen getroffenen Vereinbarungen (sog. Gunth-Bemelmans-Abkommen) ist, nachdem die belgische Regierung ihren Beitritt erklärt hat, belägen gegenüber mit Wirkung vom 15. September 1922 ab in Kraft getreten.

# Sitzung des preussischen Kabinetts

Nachdem der preussische Ministerpräsident und die übrigen sozialdemokratischen Minister Preußens nach Berlin zurückgekehrt sind, hielt das preussische Staatsministerium am Dienstag eine Kabinettsitzung ab, in der es sich, wie die P. P. R. hören, mit der Vorlage des Reichswirtschaftsministers an den Reichsrat über die Ruderbewirtschaftung befaßte. Außerdem wurde die finanzielle Notlage der Gemeinden ausdeutlich besprochen und Maßnahmen finanzieller Art ins Auge gefaßt, um den Gemeinden über den schwierigen Termin des ersten Oktobers hinwegzuhelfen.

# 4,83 Milliarden gegen die Wohnungsnot

Wie die P. P. R. hören, werden die Koalitionsparteien im preussischen Landtag einen gemeinsamen Antrag einbringen, wonach zur Fortführung der Wohnungsbauten 3 Milliarden aus preussischen Staatsmitteln und 1,83 Milliarden aus Reichsmitteln sofort den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden sollen, um die Stilllegung der Bauten und den Eintritt großer Schäden zu verhüten. Die Regierung dürfte mit dem Antrag einverstanden sein.

# Keine russisch-chinesisch-deutsche Allianz

In den Pressemeldungen über Verhandlungen betreffend eine russisch-chinesisch-deutsche Allianz, die angeblich zwischen einem Abgesandten der früheren sibirischen Regierung und dem ehemaligen deutschen Gesandten in China, Herrn von Hingeb, gepflogen worden sein sollen, wird amtlich mitgeteilt, daß der deutschen Regierung von solchen Verhandlungen nichts bekannt ist und ebensowenig von einer angeblichen amtlichen Mission Herrn von Hingeb nach Rußland. Wie Herr von Hingeb hier mitteilt hat, sind auch von ihm Verhandlungen über eine derartige Allianz nicht geführt worden.

# Die geeinigte Sozialdemokratie im preussischen Landtag

Am gestrigen Dienstag tagten im preussischen Landtag die Fraktionsvorsände der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gemeinsam. Die gemeinsame Fraktionsbildung nimmt heute ihren Anfang. Der Vorstand der vereinigten Landtagsfraktion wird aus den Abgeordneten Timberts-Essen, Krüger, Heilmann und Reid als Vorsitzenden bestehen, zu denen als Beisitzer die Abgeordneten Schölich-Dreslau, Graefinski-Cassel, Bartels-Berlin, Wexen-Grefeld, Hartwig-Stettin, Rabold-Berlin, Frau Köhler-Berlin und Frau Kunert-Galle treten. Es ist also der bisherige Vorstand der sozialdemokratischen Landtagsfraktion durch die drei Unabhängigen Reid, Rabold und Frau Kunert erweitert.

Die vereinigte Fraktion hat drei große Anfragen im Landtage eingebracht. Die erste fordert von der Regierung Auskunft über die Maßnahmen gegen die Teuerung, die Lebensmittel und den Lebensmittelpreis. Die zweite fragt an, was die Regierung gegen den eingetretenen Stillstand der Bauten und Erdbauarbeiten zu tun gedenkt, und in welcher Weise sie die Bekämpfung des Baustoffmangels und die Unterhaltung der sozialen Baubetriebe zu organisieren gedenkt. Die dritte Anfrage weist auf die völlig unzulässige Höhe der Arbeitslosenunterstützung im ganzen Reich und ganz besonders im besetzten Gebiet hin und fragt die Regierung an, ob sie im Reich sofort dafür sorgen wolle, daß die Arbeitslosenunterstützung pro Tag nicht länger hinter dem Stundenlohn der schlechtbezahlten Arbeiter zurückbleibe.

Endlich wird die Vereinigte Fraktion sofort einen Antrag einbringen, der sich auf das Wahlrecht der geselligen Oberschichten bezieht. Der Antrag weist darauf hin, daß diesen von den Polen vertriebenen Deutschen das Wahlrecht zu allen öffentlichen Körperschaften, auch zu den Gemeindevertretungen in Deutsch-Oberschlesien gegeben werden müsse.

Verantwortlich für die Redaktionen Emil Haug, Berlin; für den Anzeigen- und geschäftliche Mitteilungen: Karl Rohler, Berlin. — Verlag: Genossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimer, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 78.

Annahme in allen Expeditionen des Verlages  
Gesellschafts:  
Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27 I

# Kleine Anzeigen

Das Oberchristwort 4. — M. jedes weitere Wort im Text 3. — M. netto. Stellengesuche: Oberchristwort 3. —, jed. weitere Wort 1. Text 2. — M.

# Verkäufe

**Verkauf von Waren:**  
Welt unter Warenpreis:  
Dochelante Ämmer-  
quaden, weiß, creme,  
lila, weißer dreizeh-  
lig 450, 600, 750, 900  
bis 1900 Ml. Stroh,  
Bettdecken, Gardinen,  
Kissen, Leinwand, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.

# Räderweltlich

Welt unter Warenpreis:  
Dochelante Ämmer-  
quaden, weiß, creme,  
lila, weißer dreizeh-  
lig 450, 600, 750, 900  
bis 1900 Ml. Stroh,  
Bettdecken, Gardinen,  
Kissen, Leinwand, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.

# Wichtige Neuankünfte

Diese Woche be-  
sonders günstige An-  
gebote. Bedarfsgegen-  
stände, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.

# Wichtige Neuankünfte

Diese Woche be-  
sonders günstige An-  
gebote. Bedarfsgegen-  
stände, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.

# Wichtige Neuankünfte

Diese Woche be-  
sonders günstige An-  
gebote. Bedarfsgegen-  
stände, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.

# Wichtige Neuankünfte

Diese Woche be-  
sonders günstige An-  
gebote. Bedarfsgegen-  
stände, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.

# Wichtige Neuankünfte

Diese Woche be-  
sonders günstige An-  
gebote. Bedarfsgegen-  
stände, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.

# Wichtige Neuankünfte

Diese Woche be-  
sonders günstige An-  
gebote. Bedarfsgegen-  
stände, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.

# Wichtige Neuankünfte

Diese Woche be-  
sonders günstige An-  
gebote. Bedarfsgegen-  
stände, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.  
Kaufmann, etc.

Verkauf von Waren: Welt unter Warenpreis: Dochelante Ämmerquaden, weiß, creme, lila, weißer dreizehlig 450, 600, 750, 900 bis 1900 Ml. Stroh, Bettdecken, Gardinen, Kissen, Leinwand, etc. Kaufmann, etc. Kaufmann, etc. Kaufmann, etc.



# Groß-Berlin

## Liebe Leute

Heute muß ich mal von mir handeln. Das ist zwar häßlich und vor allem ist es unfein und gerade ich sollte nicht in einen solchen Fehler verfallen, weil ich in einem feinen Haus wohne.

Mit der Feinheit meiner Wohnung hat das allerdings einen Haken, weil ich im Hinterhaus beheimatet bin, was man in meiner Gegend mit großartiger Gebärde Gartenhaus nennt.

Dafür habe ich aber auch den Vorteil, von den Fenstern meiner Wohnung auf die Häuser gegenüber zu blicken mit den ganz großen Wohnungen, die von vorne und durch das ganze Haus hindurch herumreichen bis nach hinten gegenüber von meinem Hinterhaus; — zum Teufel, daß ich mich doch gar nicht an die Großartigkeit gewöhnen kann — gegenüber von meinem Gartenhaus sollte ich natürlich sagen.

In diesen großen, feinen Häusern mit Fahrstuhl und allem Komfort wohnen natürlich nur feine Leute: ein Wirklicher Geheimrat, Oberregierungsrat, ein Admiral, ein General, ein Oberst und so.

Damals, als noch Krieg war, wagte ich es, wenn ich als Soldat auf Urlaub zu Hause weilte, mich nur mit Scheu und Ehrfurcht zugleich den Fenstern meiner Wohnung zu nähern. Man konnte ja nie wissen, ob nicht da drüben der Herr General, oder der Herr Admiral, oder der Herr Oberst am Fenster standen und ich stramm stehen mußte.

Schließlich stand ich immer stramm, wenn ich die Fenster meiner Wohnung öffnete oder schloß und ich drüben den Schatten eines Menschen erschaute.

So in Dämmer und Dunkel zum Beispiel konnte man oft nicht erkennen, wen der Schatten an den Fenstern gegenüber bedeutete, vielleicht war es gar nicht der Herr General, sondern nur die Frau Admiralin im Unterrock, ganz gleichgültig, ich stand unentwegt stramm!

Mein Gott, man mußte ja vor so vielen Affen und Rossen stramm stehen, auf ein mal mehr kam es nicht an, immer noch besser, als drei Tage Kasten kriegen.

Nach dem Krieg sind dann ein paar von diesen feinen Familien und den feinen Offizieren ausgezogen.

Die Herrschaften haben sich „umgruppiert“ und versucht, ein honetteres Handwerk zu betreiben.

Die ich gehört habe, sind allein bei Siemens am Nonnen-damm über dreihundert frühere Offiziere eingestellt, die sich dort einarbeiten sollen, von der Firma ein feines Taschengeld und von der Republik weiter ihr Gehalt beziehen. (Was kommt es denn auch darauf an! Wir haben ja so viel überflüssiges Geld, und Ehrenpflicht ist es, diese — armen Kerle zu erhalten, damit sie ihre Regimentsfeiern festlich begehen können!)

Jammerhin!

Jedenfalls aber sind in dem großen und feinen Haus gegenüber meiner Gartenwohnung noch genügend feine Leute wohnen geblieben, Gott sei Dank!

Nur stramm stehen brauch ich nun nicht mehr.

Im Gegenteil!

Die feinen Leute sind jetzt so leutselig und keß, und manchmal nicken sie freundlich zu meinen Fenstern herüber.

Ich aber kann an so viel Güte gar nicht glauben und wage es nicht, das wohlwollende Nicken zu erwidern. —

In der Parterrewohnung des Gartenhauses nebenan von mir liegt die Frau eines Arbeiters seit vielen Monaten krank und sieht so langsam in den Sarg.

Unlängst hatte ihr nun der Mann, um die Hoffnungslose in der Matratzengrube ein wenig aufzuheben, zwei Töpfe mit Nüssen mitgebracht und diese, damit die Knospen schneller und leichter aufspringen, auf das Fensterbrett in die Sonne gestellt.

Der Zufall wollte es, daß eine feine Familie aus dem großen, feinen Haus ebenfalls ein paar Nussentöpfe erstanden und auf den hinteren Balkon gestellt hatte. (Die feinen Leute in den großen und feinen Häusern verfügen nämlich über Loggia und Balkon nach vorn heraus und einen Balkon nach hinten. Dafür fehlt an den Gartenwohnungen der Balkon, und so ist wieder mal die unglaubliche Gerechtigkeit gewahrt!)

Nach ein paar Tagen waren die Nussentöpfe des Arbeiters mit vielen dunklen Blüten bedeckt, und ihr süßer, schwerer Duft drang hinauf und hinein bis zu meiner Wohnung.

Die Nüssen der feinen Familie aber blühten noch nicht. „Sehn Sie doch nur“, sagte da die Dame des Hauses zu einer Freundin, „die Nüssen da unten bei diesen Menschen blühen schon, und meine noch nicht. Das ist doch unerhört!“

Ich stand am Fenster und lauschte diesen freundlichen Worten, und nun wußte ich wirklich, daß es liebe Leute sind.

Paul Packan.

## Butterreigen

Als der Dollar stieg, beizien sich die Lebensmittelproduzenten und Händler ihre Preise ebenso flott zu erhöhen. Als der Dollar wieder sank, konnte unsere Landwirtschaft mitsamt der Händlerschaft nicht mehr Schritt halten mit dem Dollar und sie blieben auf der Höhe stehen, die das unerbittliche Schicksal sie hatte erreichen lassen. Diese Preisbewegung beobachtet man am besten an der Butter, die nachherade zum Verkauf für die ganze Schiebergesellschaft geworden ist. Noch am 9. August hat die aus Butterhändlern und Vertretern der Landwirtschaft zusammengesetzte Butternotierungskommission für erstklassige Butter einen Preis von 145 M. pro Pfund für angemessen erachtet. Eine Woche später notierte diese Kommission 170 M., aber sie wurde bereits von dem Butterauktionsverband in der Berliner Mühlenstraße 11, der dort zweimal wöchentlich seine Getreuen zu fröhlicher Preistreibererei versammelt, übertriffen.

Die in der Mühlenstraße hatten es bereits auf 183,20 M. gebracht, drei Tage später auf 189,30 M., eine Woche danach auf 228 M. Nach weiteren drei Tagen auf 255,50 M. und so aina es von drei zu drei Tagen weiter, immer höher, bis sie in dieser Woche bereits auf 308,40 M. angelangt waren. Dieses Tempo, das auf der Butterversteigerung eingeschlagen worden war, vermochte selbst die Butternotierungskommission nicht innezuhalten. Sie blieb auf 325 M. zurück. Sind die Getreideabkosten der Landwirtschaft, die Höhe, die sie besitzt, das Gras auf den Wiesen ebenso schnell ansteigen? Der höchste Preis aber, der, sei es von der Notierungskommission, sei es von der Butterauktion, veröffentlicht wird, gilt im ganzen Reich den Produzenten und Händlern als Signal, nicht weniger für ihre Butter zu nehmen und der Landwirt, der noch nie blöde gewesen ist, fordert entsprechend dem höheren Butterpreis auch einen höheren Milchpreis.

Man hat wiederholt gelesen, daß die Regierung sich mit der Prüfung der Butterauktionen, wie überhaupt der Butterpreisbildung befaßt, aber es sind Monate ins Land gegangen, ohne daß diesem Skandal ein Ende gemacht wurde, daß der Preis eines unserer wichtigsten Nahrungsmittel, der Milch, durch ein sein erdachtes System von Versteigerungen schomlos in aller Öffentlichkeit in die Höhe getrieben wird. Die Versteigerungsgesellschaften, die sich mit der Ausschüttung des sauberen „Auktionsgedankens“ befassen, sind in Berlin und Bremen Handelsgesellschaften, deren spiritus rektor, und Gesellschafter mit erheblicher Gewinnbeteiligung, der frühere Unterstaatssekretär a. D. v. Graevenitz, Geschäftsführer auf Duchs ist. Diese Butterversteigerungsgesellschaft bringt eigentlich nur eine, im Verhältnis zur Gesamtproduktion und auch zum Gesamtbedarf Berlins, verschwindend kleine Menge Butter nach Berlin, so daß es ihr nicht schwer fällt, hohe Preise bei ihren Versteigerungen zu erreichen, da die Händler sich zu ihnen drängen, teils weil sie die Butter in ihrem Laden brauchen, teils weil sie ein Interesse daran haben, die Butterpreise auf der Auktion zu steigern, um dadurch auch ihre Lagerbestände im Wert zu heben. Mit diesem System muß endlich aufgeräumt werden und alle isopolitischen Erklärungen, daß die Butterversteigerungen gemacht werden müssen, um die Preise für die Landwirtschaft zu kontrollieren, dürfen nicht mehr Beachtung finden, denn versteigert wird nur,

um die Preise zu erhöhen. Das ist in den Aufforderungen, welche die Butterversteigerungsgesellschaften an die Molkereien gerichtet haben, ihnen die Butter zur Versteigerung zu senden, deutlich aenua gesagt worden. Ist eine Preis-kontrollstelle notwendig, und sie ist es, so kann die Butternotierungskommission, wenn sie der Landwirtschaft nicht genügen sollte, durch Ankaufnahme der Molkereien, aber auch der Verbraucher, um deren Haut es recht, verstärkt werden. Es darf nicht wieder heißen: heute ist die Butter wieder teurer, wir müssen auch die Schutzpreise usw. heraufsetzen.

## Neue städtische Steuern

Der ständige Haushaltsausschuß erlebte gestern im zweiten Besuche von den neuen Steuervorlägen des Magistrats die beantragte Erhöhung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern, wie die neue Betriebskopfsteuer. Die Vertreter der Handels- und der Handwerkskammer, die auf Grund eines Beschlusses in der letzten Sitzung zur Abgabe eines Gutachtens aufgefordert waren, entließen sich ihres Auftrages in ebenso einfacher wie bequemer Weise: wir haben kein Geld, wir können nicht zahlen, wir sind bankrott, der Reichsvollzieher plündert uns schon. Nächstes Jahr wird die Stadt unheimliche Gelder zur Verfügung haben, wenn... wenn die und die Gesehe ankommen sind... und im übrigen bei euch herrscht eine Vollerwirtschaft. Dieser nicht gerade neue Refrain wurde selbst von den bürgerlichen Parteien, besonders von der Deutschen Volkspartei und den Demokraten offensichtlich als peinlich empfunden. So beschloß man denn mit großer Mehrheit Gewerbe- und Betriebskopfsteuer zu bewilligen. Ebenfalls angenommen wurde die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuern. Wir nehmen aber an, daß die beiden sozialistischen Fraktionen im Plenum für diese Steuern nicht eintreten werden, da sie vom 1. Oktober ab reißlos auf die Mieter abgewälzt werden können.

## Bewilligung eines Zuschusses von neun Millionen Mark zur Unterstützung notleidender Kleinrentner im Jahre 1922

Am Reichshausalt sind 500 Millionen (fünfhundert Millionen) Mark als Zuschüsse für Unterstützungen, die Länder und Gemeinden notleidenden Kleinrentnern gewähren, vorgesehen. Nach jetzt neu aufgestellten Richtlinien gelten als Kleinrentner bedürftige im Inlande wohnende Deutsche, die durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erwerben, sich vor dem 1. Januar 1922 eine Jahresrente von mindestens 500 Mark (fünfhundert Mark) sichergestellt haben und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit auf diese Versorgung angewiesen sind. Nach diesen Richtlinien ist Arbeit auch eine üblicherweise unentgeltliche Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft, die aber im Falle der Einstellung fremder Kräfte verbietet werden mußte. Ihr steht eine wissenschaftliche oder ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit gleich. Als Unterstützungen kommen in Betracht: Einzelsfürsorgemaßnahmen für Kleinrentner, einmalige oder fortlaufende Unterstützungen, Darlehen, Bewilligung der Lebensmittel, Kleider, Bekleidung und dergleichen, Bereitstellung billiger Krankenpflege, Unterbringung in Heimen und dergleichen. Von den fünfhundert Millionen Mark sind fünfzig Millionen für besondere Verwendung vorbehalten, während vierhundertfünfzig Millionen auf die Länder verteilt worden sind. Auf die Stadt Berlin entfallen von den Reichsmitteln zwölf Millionen, die aber nur zur Veranschlagung stehen, wenn Berlin mindestens den gleichen Betrag wie aus Landesmitteln gleich neun Millionen aufbringt. Die Notlage der Kleinrentner hat den Magistrat veranlaßt, diese neun Millionen Mark zu bewilligen. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine Dringlichkeitsvorlage eingereicht.

## Ausgemeinde Rentkolln

Am 9. Oktober beginnen die Veranstaltungen der Kunstgemeinde Rentkolln mit einer Eröffnungsfestier im großen Festsaal der Neuen Welt. Beethoven, der große Meister im Reiche der Töne, wird mit seinem herrlichen Werke, der IX. Symphonie, zu Gehör kommen. Allererste Kräfte sind gewonnen, so daß zweifellos die Eröffnungsfestier ein Fest der Freude und Erhebung sein wird. Es folgt dann noch im Oktober ein Abend, welcher der heiteren Ruhe gewidmet sein soll. Ein alter Bekannter, Herr Hermann Wötter, wird mit seinem Kollegen vom Schauspielhaus, Herrn Fritz Hirsch,

# Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(55. Fortsetzung.)

7

Die akademischen Bürger der kleinen Universität haben einen unter sich, den sie belächeln. Philipp Kaiser hat sich einen Weg gesteckt und geht ihn. Schleicht ihn, kriecht ihn, bleibt am Boden liegen und steht wieder auf; aber er kommt weiter. Von Semester zu Semester immer ein Stückchen. Seine ganze Energie hat er gesammelt — er unterrichtet, er hungert, er verdient sich wieder ein wenig — und er bleibt guten Muts und arbeitet. Er will — und wenn er drauf geht. Er denkt an die Mutter und an das Dorf und an die Schullehrer, die seine Kollegen waren, und deren Augen er all auf sich gerichtet fühlt. Sie treiben ihn, sie fordern. Sie brennen auf ihn wie Stacheln, und wenn er schwach werden will, dann sieht er in sie hinein und sammelt sie alle in einem Blick und läßt sich von ihm in die Höhe reißen.

Manchmal spürt er, was er vom Leben verliert — manchmal spürt er, wie ihm die Jugend entschwebt, ehe er sie gehalten, ehe er sie genießen konnte. Aber er schlägt es nicht an. Er gewinnt ein anderes dafür.

Man nennt ihn einen Philisten. Er läßt sich ruhig so nennen. Er meint, er ist doch keiner. Dann spürt er aber manchmal, wie eine Schwere schon in ihm liegt. Es gibt doch mancherlei Gelegenheiten der Geselligkeit, die sich ihm darbieten, ohne daß er sie sucht. Dann merkt er, wie leicht die anderen sind. An ihrer Leichtigkeit merkt er, wie schwer er ist. Er tanzt nicht, er trinkt nicht. Er meidet die Zusammenkünfte. Man sagt ihm: das geht nicht, du verfaulst. Du wirst verrückt. Du machst dich kaputt. Du mußt auch was von deinem Leben haben. Wenn die Jahre um sind, ist es nicht mehr nachzuholen.

Er schlägt es in den Wind. Und er läuft spazieren. Er läuft stundenlang durch den Wald, er schwimmt

und turnt, und im Winter kommt er fast nicht vom Eise heim.

Die Mutter bittet er nie um Geld. Dann und wann legt sie ihm aber einen Fränkling ein. Er trägt ihn immer lange mit sich herum. Schwer entschließt er sich, ihn auszugeben. Nur einmal — da hat's ihn so stark gepackt, das Einsamgehen und Armsein, da ist er hin und hat ihn vertragen. Auf einen Sitz. Dann hat er's bereut, und es war gut.

Die Mutter fragt, ob er Schulden habe. Er schreibt nein. Und er hat Schulden, wohin er sieht. Aber er wird sie all einmal abtragen, wenn er das Studium hinter sich hat und eine Praxis gefunden hat. Er wird einfach Vandalat werden. Ein schlachter, ruhiger Mensch, der mit den Bauern lebt und den Bauern beisteht und sich um die Welt nicht kümmert. Mag werden was will — wenn er nur die Saat wachsen sieht im Frühjahr und die Bäume grün werden — und dann die Getreidefelder reifen im Sommer und Trauben und Obst im Herbst. Ganz still will er durchs Leben gehen. Genießen und wirken und gut und ruhig sein. Die Mutter zu sich nehmen und sich wo ein Häuschen hinbauen — zwei Pappeln ans Tor und einen großen Rosenbogen über der Tür und einen Rebstock an der Mauer. Ein rotes Dach, das man von weitem sieht, und einen weißen Giebel, der weithin leuchtet wie der Giebel der Eulenmühle. Er will sich bescheiden auf seiner engen Scholle, aber ein freier Herr sein.

Das Leben hat seine Schwere in ihn gelegt, und die Verhältnisse haben einen engen Ring um ihn gezogen.

Er weiß nicht, wie es gekommen — im siebenten Semester fing der Psychiatrieprofessor Winter an sich für ihn zu interessieren. Zunächst ist ihm das nicht lieb. Es lenkt ihn ab. Er will unbeirrt auf das Examen zusteuern. Er hat sich seither nicht ablenken lassen, warum jetzt? Und doch tut er's!

Er arbeitet mit Professor Winter. Der Professor ist daran, ein grundlegendes Werk über Geisteskrankheiten angebotener und erworbener Geisteskrankheiten.

Philipp ist anfangs nur sein Abschreiber. Er tut die Arbeit gern. Sie bringt ihm viel Neues entgegen, er fühlt, wie er sich geistig erweitert. Er spürt, wie das Zweckstudium eng macht. Das macht ihm Eifer. Er dehnt ihn auf andere Gebiete aus. Er interessiert sich für Literatur. Und da er immer noch den Gedanken hat, ein Landarzt zu werden, bekümmert er sich nun auch um die Landwirtschaft. Er sagt sich, es gehört dazu. Dazu ist man doch schließlich vom Lande und will wieder auf das Land. Aber noch einen Vorteil hat die neue Beschäftigung: er kann die Privatstundenplage aufgeben. Und durch den Professor wird er in ein paar Familien eingeführt. Spießbürger, das sieht er gleich, denn es gibt nur Spießbürger hier; aber immerhin. Dabei denkt er an das Häuschen seiner Mutter daheim und das Stübchen, an die billigen Bilder an der Wand und an die alten gewöhnlichen Möbel. Hier ist Reichtum und Vornehmheit um ihn. Das wirkt. Das lockt und zieht ihn an. Er ist wohl scheu und schüchtern und im Grunde immer ein wenig fremd und fühlt sich auch deplaziert, es ist ihm ein gehörig Teil Selbstbewußtsein durch die Entbehrungs- und Arbeits- und Knechtschaftsjahre dahin gegangen, das spürt er — aber er spürt es auch in sich wachsen, daß er ein Recht der Zugehörigkeit hier habe. Es ist, wie wenn einer über sich greift nach Früchten, die über ihm hangen. Lange hat er in die leere Luft gegriffen, weil er noch zu klein war, etwas zu fassen — nun faßt er. Er ist größer geworden. Er ist den beladenen Nesten näher gekommen.

Professor Winter ist sehr zufrieden mit ihm. Er muß ihm helfen, die Quellen zusammenzutragen. Es ist eine heillose Arbeit, oft widerwärtig und ermüdend. Aber Philipp tut sie mit Gewissenhaftigkeit.

Dabei vergeht das Semester — die Ferien gibt es diesmal daran — ein neues Semester steht vor der Tür.

Nun ist er mit sich einig. Es hat ihn Kampf gekostet, den Entschluß zu fassen; aber es muß sein. Das soll er sich länger und länger hinhalten und die Zeit verstreichen lassen!

(Fortsetzung folgt.)

# Einigung und Gewerkschaftsbewegung

Von Richard Seidel.

den Abend betreten. Am November wird Herr Professor Mayer-Naht sich wieder mit seinem Trio vorstellen. Chopin und Brahms werden zum Vortrag gelangen. Zum ersten Mal wird in diesem Jahre allen Kammermusikabenden ein einleitender Vortrag vorangehen, daher werden Liedervorträge eine erwünschte Abwechslung bringen. Für den Dezember ist der Madrigalchor des Akademischen Instituts für Kirchenmusik unter Leitung von Herrn Professor Töbel gewonnen worden, welcher einen Volksliederabend veranstalten wird. Auch für diesen Abend sind Solisten vorgesehen. Im Januar folgt das Bombino-Quartett mit Werken von Mozart und Schumann, dazu der Liederkreis „Frauenliebe und Leben“ von Schumann. Der Februar bringt Besuch aus München. Der Altmeister des Lautenspiels, Herr Robert Kothe, wird mit seiner Begleiterin, Fräulein Vies Gnaelhardt, sicher freudig begrüßt werden. Den letzten Kammermusikabend im März wird die Kammermusikvereinigung der Staatskapelle bestritten mit dem Sextett von Beethoven und dem Follensquintett von Schubert, als Ergänzung werden wieder von Schubert dienen. Den Abschluss bildet dann wieder ein Orchesterkonzert in der Neuen Welt mit hervorragenden Solisten. Daneben sind eine Reihe von Extra-Veranstaltungen vorgesehen, bei welchen die Wünsche der Mitglieder, die in der am 29. September stattfindenden Hauptversammlung vorgebracht werden können, in weitgehendem Maße berücksichtigt werden können. Außerdem findet in jedem Monat eine Veranstaltung im Stadttheater statt, so daß über einen Mangel an künstlerischen Veranstaltungen nicht zu klagen ist, aber auch ein Mangel dürfte vermieden sein. Die Mitgliederkarten werden in Kürze ausgeben und wird gebeten, die Ankündigungen zu beachten.

Der preiswerte Seefischverkauf muß, wie der Magistratsdienst-mitteln, an diesem Mittwoch nochmals ausfallen, weil die Känae infolge der Stürme nur geringe und die Preise außerordentlich hohe sind. Es darf aber nunmehr mit Bestimmtheit erwartet werden, daß das Ausfuhrverbot für Seefische, das erst am 15. d. Mts. in Kraft getreten ist, von der nächsten Woche ab die regelmäßige Wiederaufnahme der preiswerten Seefischverkäufe ermäßigen wird.

Au unserem Artikel Anwandweise leat der Genosse Adolph Weri darauf, mitzuteilen, daß der Leiter des Jugendchors Preussener Vera nicht er, sondern der Genosse Julius Juttner ist, der in selbstloser Arbeit und viel Geschick den Kinderchor leitet.

Zwangsanleihe und Umsatsteuer. Wir verweisen unsere Leser auf die im heutigen Inseratenteil veröffentlichten Bekanntmachungen des Landesfinanzamtes betr. Annahmestellen für Zeichnung der Zwangsanleihe sowie Veranlagung und Erhebung der Umsatsteuer.

Nachnahme eines Missetätigen. Gestern Abend lodte der Volkskassenschaffner Max A. das noch nicht 11jährige Schulmädchen Elisabeth M. auf den Abort des Gastwirts G. in der Breslauer Straße und nahm dort unzüchtige Handlungen vor. Dabei wurde M. von dem Gattwirt überrascht und der Polizei übergeben.

Abermals ein Vorortung beschossen. Gestern Abend gegen 8 1/2 Uhr wurde der Vorortung 4419, der sich auf der Fahrt von Spandau-Weiß nach Charlottenburg befand, in der Nähe der Davelbrücke beschossen. Die Kugel zertrümmerte eine Fenster Scheibe, verletzte aber zum Glück niemand. Der Täter ist unbekannt entkommen.

## Parteiveranstaltungen

Sprecher für die Parteiveranstaltungen. Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Halle der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16-17. Redner: Jahnke, Zeit 24 „Erziehung“ und „Brotkrumen“ mitbringen.

Bezirk Berlin-Brandenburg. Rinderkrankheitskommission und Rinderkrankheitskommission. Die Rinderkrankheiten werden vom 1. August ab, bis zum 31. 12., 23. und 20. September, vormittags 11 Uhr, am Schießplatz Bohnsdorf, bei dem Rindtransport der Rinder aus Ostpreußen zur Verfügung zu stellen.

## Mittwoch, den 27. September

Christenbourg. Mitgliederversammlung in der Clement-Oberstraßen-Schule, Schillerstraße 21, abends 7 1/2 Uhr. Tagesordnung: Bericht über den Parteitag.

20. Verwaltungsbereich. Die Mitgliederversammlung findet nicht am Donnerstag, sondern heute abend, 7 1/2 Uhr, in der 1. Gemeindefaule statt.

## Donnerstag, den 28. September

Karlshagen. Abends, 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Belau“, Prinz-Albert-Straße. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Erbauer zur Jugendweiser. Abends 8 Uhr, bei Altmeyer, Tunderstraße 63, Sitzung.

## Freitag, den 29. September

11., 12., 13. und 14. Bezirk. Mitgliederversammlung, Dantziger Str. 63. Sitzungsbereich des Bezirksamtes, abends 7 Uhr. Vortrag, Gewisse Glanztraut Bühler: Das Reichsministerium und seine Zuständigkeit am 1. Oktober.

1. Verwaltungsbereich, 1., 2., 3. Bezirk, abends 7 Uhr, Rosenstraße 60, Rosenstraße 11-12. Mitgliederversammlung, Bericht vom Parteitag. Die Funktionäre müssen hierzu erscheinen.

12. Bezirk, abends 7 Uhr, im Bezirksamt, Dantziger Straße 63-64. Mitgliederversammlung. Bezirksführer einladen. Tagesordnung: Die Wahlenbestimmungen zum Reichsministerium. Referent: Böger.

10. Verwaltungsbereich. (Gewisse, Friedrichsberg, Köpenick, Wedding, Prenzlauer Berg und Gröden), abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei Klotz, Köpenick, Köpenickerstraße 1. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Klotz. Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Die Bezirksführer sind verpflichtet einzuladen.

12. Bezirk. Mitgliederversammlung, abends 7 Uhr, Dantziger Str. 63/64. Bezirksamt, Sitzungsbereich.

## Vereinskalendar

Arbeiter-Comarier-Kolonnen Berlin. Kusow's Nr. 475 und Arnolds und Kusow's Nr. 573 sind herabgelassen gegangen auf die Namen Glische Bühler und Paul Weigert. Es ist nicht anzunehmen, daß dem 1. August getrieben wird, sind diese bei Nichterhalten und der Gedächtnisstelle zu übergeben. Mißbrauch zieht strafrechtliche Verfolgung nach sich.

## Mittwoch, den 27. September

Konkurrenz-Bereich. „Die Naturfreund“, Ortsgruppe Berlin, e. B. Abends 7 1/2 Uhr, Aula, Weinmeisterstraße 16. Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Vortrag des Genossen Theodor Winter über „Gungel“.

## Donnerstag, den 28. September

Zentralverband der Angestellten. Sitzungsbereich. Mitgliederversammlung, abends 7 Uhr, Guterlandsstraße, Neue Friedrichsstraße 28.

Zentralverband der Angestellten. Gemeindeführer und Verwaltungsangehörigen. Sitzungsbereich. Mitgliederversammlung, abends 7 Uhr, Guterlandsstraße 28-30.

Zentralverband der Angestellten. Frauen-, Damen-, Mädchen-, Herren-, Knaben-Organisation und Gemeindeführer. Mitgliederversammlung, nachmittags 5 1/2 Uhr, Müllerstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 81.

Mieterverband Schöneberg. Offizielle Mieterversammlung, abends 8 Uhr, in der Fohrenschänke, Dantziger Straße 48. Das Reichsministerium. Die Mitglieder am 1. Oktober dieses Jahres. Referent: H.-H. Dr. Goppel.

Verband der Gemeinde- und Stadtverordneten. Abends 6 Uhr im Reichsamt bei der Schule Niederbarnow. Mitgliederversammlung aller im Gemeinde- und Stadtverordneten-Verband organisierten Ämtern des Bezirks 15.

Deutscher Gattler-, Tagelöhner- und Fortschrittsvereins. Bezirksführer der Metallindustrie, abends 7 Uhr, im Hofischen Hof, Rosenstraße 30. Versammlung.

Jugendbewegung. Jugendbewegung. Mitgliederversammlung, abends 7 Uhr, in der Fohrenschänke, Dantziger Straße 48. Das Reichsministerium. Die Mitglieder am 1. Oktober dieses Jahres. Referent: H.-H. Dr. Goppel.

## Freitag, den 29. September

Verband der Gattler- und Gattlerarbeiter. Abends 7 Uhr, Brandenburgerstraße 20. Mitgliederversammlung im Restaurant „Belau“, Berlin, Pfaffenstraße 20.

## Jugendbewegung

Christliche Arbeiterjugend Groß-Berlin. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Arbeiterbildungsstätte, Weinmeisterstraße 16. Vortrag des Genossen Jahnke über die Arbeiterbewegung.

Unter den Genossen, die der Gründung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei bis zum letzten Augenblick einen gewissen Widerstand entgegensetzten, befinden sich auch solche, die eine Übertragung der Parteispaltung auf die Gewerkschaften für ein entschliches Unglück gehalten hätten, ja die ihren ganzen Einfluß und ihre volle Arbeitskraft eingesetzt haben, um Spaltungserscheinungen in der Gewerkschaftsbewegung, die zeitweise in bedrohliche Nähe gerückt waren, zu verhüten.

Nachdem die Vereinigung der Parteien vollendet ist, wird hoffentlich allgemein eingesehen werden, daß eine solche Auffassung mit der Logik in einem nicht gerade vertraulichen Verhältnis sich befindet. Wer die Spaltung der Gewerkschaften als ein Uebel fürchtet, der mußte auch die Spaltung der Parteibewegung als ein Uebel erkennen; wer alles aufbot, um die Zerreißung der Gewerkschaftsbewegung zu verhindern, der mußte auch alles daran setzen, die Trennung der sozialdemokratischen Parteien zu überwinden; denn was für jene ein Unglück gewesen wäre, konnte für diese kein Vorteil sein. Entstand die Gefahr der Spaltung der Gewerkschaften aus der Uneinigkeit der Parteien, so konnte sie durch nichts so wirksam abgewendet werden, wie durch die Befestigung dieser Quelle.

In der Tat war die Spaltung der Parteibewegung lange Zeit eine Bedrohung der Einheit der Gewerkschaften, denn der Richtungskampf in ihrem Lager orientierte sich, wie immer wieder deutlich hervortrat, an den Trennungsmomenten, die der Parteispaltung beständig neue Lebenselemente zuführten. Allerdings entstanden die Gefahren für die Gewerkschaften weniger aus der Trennung zwischen SPD. und USP., die jetzt glücklich überwunden ist, sondern vielmehr aus der Zerstörungswut der Kommunisten. Die Gewerkschaftsmitglieder der SPD. und USP. hatten das Glück, daß sie eine gemeinsame Linie des Kampfes und der Arbeit finden konnten durch eine beiden Richtungen gemeinsame internationale Verbindung. Die Frontstellung der beiden Richtungen unter internationaler Führung wurde vor allem darum möglich, weil die kommunistische Bewegung in den Gewerkschaften von vornherein unter internationaler Befehlshoheit stand und als selbständige Organisation überhaupt nur in der Form einer internationalen Spitze mit uneingeschränkter Kommandogewalt über die Zellensformation existierte. So wurde die Parole: Amsterdam gegen Moskau! Das einigende Band, das die deutsche Gewerkschaftsbewegung in stürmischen Tagen zusammenhielt, ja die widerstrebenden Richtungen, die sich nach der Parteizugehörigkeit gebildet hatten, sogar wieder enger zueinander führte.

Die kommunistische Gefahr ist in den letzten Wochen und Monaten wieder besonders stark hervorgetreten. Sie bleibt auch nach der Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien bestehen, aber sie wird leichter abzuwehren sein, nachdem das internationale Band von Amsterdam eine Verstärkung erfahren hat durch das neugegründete nationale Band von Nürnberg. Wie das deutsche Proletariat sich die Einigung der Parteien durch das Befrei der Kommunisten nicht hat verfehlen lassen, so wird es auch die Einheit der Gewerkschaften gegenüber dem Treiben der Moskauer nun erst recht zu wehren wissen, wenn die Einigung der Parteien das zur Folge hat, was die gesunde in den Parteien und Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft von ihr erwartet: eine entschlossene Führung in den Kämpfen der kommenden Tage.

Daß die Gewerkschaftsbewegung vor großen Aufgaben und schweren Kämpfen steht, kann wohl nicht geleugnet werden, wenigstens damit nicht gesagt sein soll, daß die Kämpfe die Form des Woche für Woche wiederholten Weltgenerallstreiks nach dem Vorbilde kommunistischer Phantasien annehmen sollen oder annehmen werden. Daß die Gewerkschaften in außerordentlich schwerer Situation kämpfen, unterliegt wohl gleichfalls keinem Zweifel. Stillföndung hat in Vera daran erinnert, daß sich im kapitalistischen Lager ein Machtzentrum von ungewöhnlicher Stärke bildet, dem die Arbeiterbewegung mit einer gleichen Machtkonzentration entgegenzutreten muß. Daß seine Beobachtung richtig ist, wird von den Führern der Gewerkschaftsbewegung so gut erkannt werden, wie von den organisierten Massen, denn die Gewerkschaften sind es doch, die den Stoß des kapitalistischen Machtwillens meist zuerst und am stärksten verspüren.

Die Mittel der Gegenwehr werden vielfacher Art sein. Sie können schon darum nicht noch einer mehr oder weniger abgetrauten Schablone bestimmt werden, weil der Aufgabenkreis der Gewerkschaftsbewegung heute ganz anderer Art und von vielfältigerer Form ist, als ehemals. Der Versuch in die Produktion einzudringen, der mit Hilfe des Betriebsräteswesens anzunehmen wird; das neue Tarifvertragswesen, das dem kollektiven Arbeitsvertrag öffentliche rechtliche Wirkung verleiht und den Trägern der Tarifverträge, den Gewerkschaften, öffentlichrechtliche Funktionen zuweist; des Schlichtungswesen, mit Hilfe dessen die Staatsgewalt bei der Schaffung des Arbeitsvertrages fördernd mitwirkt — alles das und noch manches andere, was und seit 1918 an neuem entgegengetreten ist, erfordert sachliche Arbeit, die nicht durch inneren Streit und verwirrende Parolen gestört und gehemmt werden darf. Dazu kommen die großen Kämpfe, in denen der erweiterte Geltungskreis und die Erzeugnisse der Gewerkschaften — wir erinnern auch an den Achtstundentag — nicht nur verteidigt, sondern weiter und weiter ausgedehnt werden müssen, der Einfluß des Willens der Arbeiterklasse auf die Gestaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staatsgewalt vermehrt werden soll.

Welche Mittel nun im einzelnen zu diesen Zielen führen können, das wird jeweils die Stunde bestimmen. Ein Allheilmittel gibt es nicht. Aber zweierlei ist notwendig, wenn kein taugliches Mittel unbenutzt bleiben und keine Gelegenheit verpaßt werden soll: Disziplin und Führung.

Die Kommunisten befeuern lebhaft, daß sie nicht die Absicht haben, die Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisationen zu zerschlagen. Aber sie werden nicht leugnen können, daß sie alles ausbieten, um die gewerkschaftliche Disziplin, die Unterordnung des einzelnen oder einer Gruppe unter den Willen der Gesamtheit zu vernichten. Und gar mancher Erfolg war ihnen in dieser

Beziehung beschieden, sehr zum Schaden der Arbeitergruppen, die das Opfer ihrer Vortöne wurden.

Das muß nun ein Ende haben, wenn die Arbeiterklasse ihre Aufgaben erfüllen und in ihren Kämpfen bestehen will. Die Massen müssen zur Disziplin unbedingt bereit sein. Hinwegschauend über kleine Zweifel müssen sie dem festen Willen der politisch organisierten Kameraden in der Frage der Einigung muß ihnen ein Beispiel sein. Aber sie werden das nur können, sie werden zur Disziplin um so mehr bereit sein, je deutlicher ein entschlossener Wille der Führung erkennbar ist. Vielleicht ist dazu die straffere Konzentration der Organisationsformen, die Vermehrung der Macht der verantwortlichen Spitzenorganisationen notwendig. Wenn wir das erkennen, dann müssen wir auch diesen Weg unerschrocken betreten.

Das aber ist die Hoffnung, die das gewerkschaftlich organisierte Proletariat an die Einigung von Nürnberg knüpft: daß sie uns fähiger machen möge zum Willen zur Disziplin wie zur Entschlossenheit in der Führung.

Befähigt sich diese Erwartung, dann wird die Einigung der Parteien auch für den Kampf der Gewerkschaften reiche Früchte abwerfen.

## Die Gehälter der Magistratsangestellten

Die Lohnverhandlungen für die Angestellten des Magistrats für Monat August sind geendet. Nachdem die direkten Verhandlungen zwischen dem Zentralverband der Angestellten und einer Magistratskommission zu einem Resultat nicht geführt hatten, wurde im Arbeitsministerium am 2. September ein Schiedsspruch gefällt, der über das erste Angebot des Magistrats hinaus nur den über 30 Jahre alten Personen einen Zuschlag von 300 Mark zusprach. Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt.

Der Zentralverband der Angestellten unterbreitete nunmehr dem Magistrat zwei weitere Vorschläge, um einen Vergleich herbeizuführen. Dabei zeigte es sich, daß der Magistrat wohl gewillt war, in der Geldfrage Entgegenkommen zu zeigen, doch gleichzeitig den Angestellten eine ungünstigere Einarrangierung zumutete, wodurch das Geldangebot illusorisch gemacht wurde.

Um der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Urteil zu bilden, geben wir im Nachstehenden einen kurzen Überblick über die gebliebenen Wirken des Magistratsangebots. Unter „Reichsgehalt“ fügen wir die Zahlen bei, die die Angestellten in den Reichsbetrieben gezahlt erhalten.

Gehalt in Gruppe	Reichsgehalt
Ba 7400-7475 M.	7204- 9482 M.
Bb 7700-7775 "	7541- 9637 "
Bc 8000-8075 "	8150-10715 "
Bd 8500-8575 "	8658-11810 "
Be 9000-9075 "	9492-12872 "

Nur Erläuterung muß bemerkt werden, daß die Gruppe Ba den ungelerten, die Gruppe Bb den angelernten Arbeitern und die Gruppe Bc den Handwerkern in der Bewertung der Arbeitsleistung entspricht.

Am Monat August welen die Tarife für die kaufmännischen Angestellten in Groß-Berlin Gehälter von M. 9000,— bis 18 000,— auf. Aus den vorstehenden Gegenüberstellungen ergibt sich die Entlohnung, die der Magistrat seinen Hilfskräften angedeihen läßt. Der Zentralverband der Angestellten hat in einer Verhandlung am Montag, den 25. September, erneut zwei Ausbaldesvorschläge unterbreitet und gleichzeitig finanzielle, daß er es als Organisation nicht verantworten könne, eine so weit hinter den Preisvermittlung zurückbleibende tarifliche Regelung anzuerkennen. Die Vorschläge der Gewerkschaften halten sich durchaus im Rahmen der Magistrats-Beamtenentlohnung sowie des Reichsstarifvertrages für die Reichs- und Staatsangestellten. Es kann deshalb auch nicht einwandig werden, daß die Vorschläge dem Magistrat bei der Durchführung irgendwelcher Schwierigkeiten bereiten.

Die Löhne der Magistrats-Hilfskräfte sind seit jeder Zeit durch die finanzielle Notlage der Stadt Berlin unzulässig beeinflusst worden. Obwohl nun bereits für den Monat August die Stadt Berlin die Reichsausschüsse zur Befolgung ihrer Angestellten erhält, findet sich der Magistrat nicht bereit, seinen Angestellten die Gehälter zu bewilligen, die ihnen ein Existenzminimum sichern.

Es ist unbillig, ein derartiges Lohnniveau tarifverträglich anzuerkennen. Der Zentralverband der Angestellten hat daher den Magistrat ersucht, innerhalb acht Tagen an den überreichten zwei Vorschläge vorläufige Stellung zu nehmen. Eine weitere Verhandlung kommt bei Ablehnung dieser Vorschläge für die Organisation nicht mehr in Frage. Ebenso ist ein Aufschub unmöglich, wenn man festhält, daß bei Ablauf des Monats September nach keine Regelung für die Augustlöhne möglich war. Nunmehr haben sich Magistrat und Stadtverordneten-Ausschuß zu entscheiden.

## Lohnerhöhungen in der Berliner Metallindustrie.

Am 26. September fanden vor einem Schiedsgericht, das vom Reichsarbeitsministerium ernannt worden war, erneut Lohnverhandlungen statt. Den Vorsitz führten die Referenten Dr. Bullt, Dr. Casar und Dr. Ruder.

Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, da die Unternehmer es ablehnten, irgendwelche Annehmlichkeiten zu machen. Der Schiedspruch, der von den drei unparteiischen Vorsitzenden vorgelesen wurde, sieht eine Lohnerhöhung von 25 Mark pro Stunde vor. Nur Berechnung für die Arbeiter Klassen wird der Schiedspruch vom 1. August 1922 ausrunde gefest. Die Akkordarbeiter bekommen einen festen Lohnzuschlag zu ihrem jeweiligen Verdienst von 25 Mark pro Stunde. Der Schiedspruch hat Gültigkeit vom 26. September bis zum 9. Oktober d. J.

## Lohnvereinbarung im Friseurgewerbe

Bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß am 25. September wurde folgende Lohnvereinbarung mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. abgeschlossen:

Die Mindestlohnsätze werden um 50 Prozent erhöht. Die Mindestwöchentlichelöhne betragen für Herrenfriseure 1500 M., für Damenfriseure und Friseurinnen 1575 M., für Haararbeiter 1600 bis 1800 M., für Haarpflegerinnen 975 M. Der Zuschlagslohn beträgt pro Stunde für Herrenbediener 35 und für Damenfriseur 33 M. Nach ein- bis zweijähriger Tätigkeit ist 5 Tage Urlaub, darüber hinaus 7 Tage zu geben. Bessere bestehende Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.

Sperre: Wegen Lohnminderungen ist die Sargfabrik Ernst Rostinski, Dönhofsberg, Prinz-Albert-Str. 13, für sämtliche Arbeiter gesperrt. Deutscher Holzarbeiter-Verband.